



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 42; März 2006

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Hauptdebatte unserer März-Plenarsitzung drehte sich um den Frühjahrgipfel der EU-Staats- und Regierungschefs, der am 23./24. März in Brüssel stattfinden wird. Der Frühjahrs-Gipfel befasst sich traditionell mit der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Situation in der EU. Dazu hatte die Kommission am 25. Januar ihren Fortschrittsberichtbericht über Wachstum und Beschäftigung vorgelegt. Auch das neue Grünbuch der Kommission zur EU-Energiepolitik wird ein wichtiges Gipfel-Thema sein.

Hohen Besuch empfangen wir am Dienstag: Im Rahmen einer feierlichen Sitzung sprach Bundespräsident Horst Köhler vor dem außergewöhnlich interessierten Plenum. Auf dem anschließenden Empfang für die deutschen Abgeordneten hatte auch ich die Gelegenheit, direkt mit dem Bundespräsidenten zu sprechen. Besonders gut gefiel mir, dass Horst Köhler noch einen weiteren Empfang für unsere Assistenten gab!

Eigentlich hatte das EP zu dieser Plenarwoche gleich zwei Präsidenten eingeladen. Aber der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, musste wegen der Ereignisse in Jericho am Vorabend seiner geplanten Rede abreisen.

Erweiterung

Wegen der nicht enden wollenden Diskussion über mögliche zukünftige Beitritte weiterer Staaten zur EU verabschiedete das EP eine Entschließung, die daran erinnert, dass die Aufnahme-fähigkeit der EU eine der ursprünglichen und essentiellen Voraussetzungen für die Erweiterung unserer Staatengemeinschaft ist. Wir wollen, dass es beitriftswilligen Ländern, wie den West-Balkan-Staaten (ehemaliges Jugoslawien), der Ukraine und gegebenenfalls weiteren Nachbarstaaten ermöglicht wird, sich mit Hilfe der EU zunächst einmal zu einem "multilateralen Verbund" zusammenzuschließen. Auf der Grundlage dieses Verbundes sollen dann engere Beziehungen zur EU aufgebaut werden, die vielleicht eines Tages einmal in eine Mitgliedschaft einmünden.

Dieses Modell der besonderen nachbarschaftlichen Beziehungen wäre nach meiner Meinung natürlich auch eine Option für die Türkei - und es wäre mit Sicherheit besser als die Aussicht, diesem Land erst nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen in vielleicht 15 Jahren endgültig sagen zu müssen, dass wir es uns schlichtweg nicht leisten können!

Quecksilber

Quecksilber findet sich in vielen Bereichen des täglichen Lebens, z.B. in Thermometern und in Amalgam-Zahnfüllungen.

Aber auch Nahrungsmittel sind belastet: Methylquecksilber kommt insbesondere in Fisch und Meeresfrüchten vor. Da Quecksilber im Verdacht steht, die Alzheimer-Erkrankung auszulösen und die menschliche Gesundheit insgesamt zu schädigen, fordert das EP u.a. europaweite Messungen des Methylquecksilbergehalts in Fischen und umfangreiche Aufklärungskampagnen, um die Bevölkerung über die Gefahren von Quecksilber zu informieren. Besondere Beachtung muss Kindern und Schwangeren geschenkt werden!

Mittel für Standortverlagerungen

Immer wieder kommt der Verdacht auf, dass für die Verlagerung von Unternehmen aus den alten in die neuen Mitgliedstaaten EU-Beihilfen gezahlt werden. Da dies, wie es in der EU-Sprache heißt, "keinerlei europäischen Mehrwert erbringt", verlangt das EP bei zweckwidriger Verwendung die Rückzahlung gewählter Fördermittel. Gleichzeitig fordern wir Strafen für Unternehmen, die sich nach Erhalt einer EU-Finanzhilfe innerhalb von sieben Jahren in andere, "preiswertere" Mitgliedstaaten verlagern. Die Kommission soll nun Regeln für die Rückerstattung von Beihilfen formulieren.

Institut für Gleichstellungsfragen

Vor mehr als zehn Jahren entstand die Idee, ein europäisches Institut für Gleichstellungsfragen zu gründen. Dieses soll nun eingerichtet werden und 2007 seine Arbeit aufnehmen. Es soll bestehende einschlägige Einrichtungen unterstützen, ergänzen und vernetzen. Ob das etwas bringt? Bei allem Wissen um die Notwendigkeit von Gleichstellungsbestrebungen habe ich den Eindruck, dass es hier weniger um die Sache geht als vielmehr nur wieder um das Bestreben, mit immer neuen EU-Institutionen alle diejenigen Mitgliedstaaten zu beglücken, die noch keine europäische Agentur

beherbergen (übrigens bewirbt sich Slowenien um das Gleichstellungsinstitut). Daher habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Bekämpfung von Armut

Die Zahlen zu Armut und sozialer Ausgrenzung sind in der gesamten Europäischen Union hoch: Rund 15 % der EU-Bevölkerung sind dem Armutsrisiko ausgesetzt. Angesichts dieser Daten fordert das EP, den Kampf gegen besondere Risikofaktoren für Armut gezielter zu führen. Die Verbesserung der Beschäftigungssituation sowie die verstärkte Eingliederung benachteiligter Menschen sollen dabei im Vordergrund stehen.

Menschenhandel

Internationale Sportereignisse, wie die Fußball-Weltmeisterschaft und Olympische Spiele, aber natürlich auch Ausstellungen, Kongresse etc. sind Auslöser für eine verstärkte Nachfrage nach Prostitution und "sexuellen Dienstleistungen". Bekannt ist, dass viele, wenn nicht sogar die meisten der betroffenen Frauen Opfer des organisierten Verbrechens sind. Angeworben mit falschen Versprechungen, werden sie schließlich zur Prostitution gezwungen. Das EP unterstützt daher ausdrücklich die vom Deutschen Frauenrat eingeleitete Kampagne gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel.

Bis zum nächsten Straßburgbrief grüsse ich Sie herzlich!

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Tel. 0032-228-47383,

Fax: 0032-228-97383

E-mail: rsommer@europarl.eu.int